

machte dann einige Mitteilungen über seine „wirtschaftlichen Vorbereitungen“: Es wurden bereits einige Organisationen geschaffen, unter denen die Organisation der 10. k. w. (kriegswirtschaftlichen) Abteilung hervorzuheben ist, die dazu bestimmt ist, die Einheitlichkeit der Kriegswirtschaft möglichst zu vertiefen. Selbstverständlich sei dies eine junge Institution und werde noch längere Zeit in der Beurteilung ihrer Tätigkeit einer gewissen Nachsicht bedürfen. An ihrer Seite wurde als theoretische Stelle ein wissenschaftliches Comité für Kriegswirtschaft geschaffen, das dazu berufen ist, nicht nur die Kriegserfahrungen des Inlandes, sondern auch des verbündeten, neutralen und feindlichen Auslandes zu erfassen und für die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung zu verwerten. Weiter wurde eine Zentralkstelle für Statistik geschaffen, die das große statistische Material dieses Krieges namentlich hinsichtlich des Lieferungswesens zu verarbeiten bestimmt ist und gleichzeitig die Grundlage dafür bieten soll, ob und in welcher Hinsicht der gesamte Rechnungsapparat der Armee in Zukunft umgebildet werden kann, um bezüglich moderner Anschauungen Rechnung zu tragen. Eine weitere Sorge der Heeresverwaltung bildet die Rohstoffwirtschaft. Die Vorbereitungen für den gegenwärtigen Krieg konnten nur beschränkter Natur sein. In Zukunft werden sich große Vorkorrekturen in dieser Richtung notwendig erweisen, die aber nicht nur die Heeresverwaltung, sondern alle staatlichen Stellen und die gesamte Volkswirtschaft mit einbeziehen müssen. Auch in dieser Richtung seien bereits Studien im Zuge.

Die nächste Sitzung des Unterausschusses, die sich mit den landwirtschaftlichen Lieferungen befassen wird und in der die Referate erstattet werden, findet in der weitestmöglichen Woche statt.

Wiener Berichterstattung. Die Verwahrlosung der Wiener Berichterstattung ist nicht mehr zu ertragen. Die Mitteilung von Kiew (9. April) über das Wirtschaftsübereinkommen der Mittelmächte mit der Ukraine, in den Berliner Morgenblättern am Donnerstag enthalten, ist in Wien überhaupt nicht ausgegeben worden. Die Kundgebung der ukrainischen Volksrepublik an Rumänien, wegen Bessarabien, die in Wien am Freitag ausgegeben wird, ist in Berlin in der „Bosnischen Zeitung“ bereits im Donnerstag-Abendblatt enthalten. Der dort gleichzeitig veröffentlichte Brief der ukrainischen Regierung an den Staatssekretär v. Kühlmann — und eine gleiche Zuschrift wird wohl auch das Wiener Auswärtige Amt erhalten haben — wird überhaupt nicht mitgeteilt! Der Telegrammwechsel zwischen Marzhitoman und Arion wegen Bessarabien, in Wien Donnerstag nachmittag ausgegeben, ist in Berlin bereits in den Morgenblättern vom Donnerstag enthalten; er ist also dort bereits am Mittwoch ausgegeben. Die Unzulänglichkeit des Wiener Büros springt in die Augen.

Arbeiterfragen im Heereslieferungs-ausschuss.

Eine Rede des Abgeordneten Glöckel.

In drei Sitzungen beschäftigte sich der Unterausschuss für Heereslieferungen der Delegation mit den gewerblichen Lieferungen. Abgeordneter Glöckel besprach eingehend die für die Arbeiterfrage in Betracht kommenden Fragen. Zunächst verlangte er Aufklärung über die Ursache der am 5. April in Blumau erfolgten Explosion, die Angabe der Zahl der Toten und Verletzten und forderte eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen. Dann fuhr er fort:

Es liegt im Interesse der Kriegsverwaltung, sich auch um die Verhältnisse zu kümmern, unter denen die Arbeiter leben, und

wie die Arbeitsbedingungen aussehen.

So leidet die Qualität der Arbeit sicherlich außerordentlich darunter, daß zum Beispiel die bei den Firmen Hubischow & Co in Trebitsch und Bloch in Bunn beschäftigten Sattler, Taschner und Riemer in der schamlosesten Weise ausgebeutet werden. Ganze Familien werden durch wahre Hungerlöhne und übermäßig lange Arbeitszeit (Heimindustrie) erwiegenermachen vollständig degeneriert. Alle möglichen Leute übernehmen Bestellungen und wachen erst nachher die Arbeiter zusammen. Auch über den Wirtschaftsbund der Taschnermeister Wiens werden lebhafteste Klagen laut; es ist eine Vereinigung der rückständigsten Unternehmer. Erst durch das Eingreifen der Beschwerdekommission wurde eine Arbeitszeit von wöchentlich 53 1/2 Stunden festgelegt. Dabei zahlt zum Beispiel die Firma Fröhlich Wochenverdienste von 15 bis 35 Kronen an Frauen, deren Betrieb daher auch einem Taubenschlag gleicht. Die Zustände in der Monturbranche haben sich erst langsam über wiederholte Intervention der Gewerkschaft der Schneider etwas gebessert. Es ist unerfindlich, warum das Kriegsministerium die Wäscheherzeugung nicht mehr im Wege über das Arbeitsministerium unter Ausschaltung des Zwischenhandels an die Genossenschaften überweist. Welche Verschwendung mit hochqualifizierten Arbeitskräften getrieben wird, zeigt die Tatsache, daß Berufsessenbahner vom August 1917 bis Anfang Oktober 1917 in Korneuburg untätig herumlungerten und militärische Exercitien durchmachen mußten. Sie wurden dann nach Cividale kommandiert, wo sie eine italienische Feldbahn übernehmen sollten. Für eine Bahnstrecke von 25 Kilometer wurden 450 Mann beansprucht. Dann kamen diese Eisenbahner nach Feltra. Dort sollten sie eine Schmalspurbahn in Betrieb setzen. Da die Geleise teils auf, teils neben der Straße angelegt sind, überschreitet jedes Auto diese mit einem Schlammmeer. Die einzige Arbeit der Eisenbahner, die im Hinterland so notwendig gebraucht werden, besteht nun darin, das Eisenbahngeleise immer wieder vom Kote zu reinigen. Da der Autoverkehr ein äußerst reger ist, ist das eine wahre Sisyphusarbeit. Dazu kommt, daß die Bahn nicht einmal in Betrieb ist, da für diese Spurweite keine Maschinen anzutreiben sind.

Ueber einen in der Arbeiter-Zeitung bereits erwähnten Vorfall stellt Glöckel folgende Anfrage: Ist es richtig, daß das Kriegsministerium die von der Firma Emil Raugly in Prag um den Preis von 290 Kronen gelieferten hunderttausend Tränkbleimer als unbrauchbar zurückgestellt, diese Ware aber dann von einer ungarischen Firma um den Preis von 425 Kronen übernommen hat; daß Termine zur Einholung von Offerten so gestellt wurden, daß sie schon beim Eintreffen der Ausschreibung abgelaufen waren?

Die militärischen Betriebe

(Artilleriearsenal, Seearsenal, Tranzugsdepot) beschäftigen gegen hunderttausend Menschen. Sie sind dem Einfluß der Gewerkschaften vollständig entzogen, niemand kümmert sich ernstlich um die Betriebsverhältnisse, weshalb sie auch in Bezug auf Hygiene zu den rückständigsten Betrieben gezählt werden müssen. Es ist unerlässlich, eine Alters- und Invaliditätsversorgung einzuführen und so rasch als möglich ein eigenes Inspektorat zu errichten, das dieselben Aufgaben zu erfüllen hätte wie das Gewerbe-Inspektorat. Allerdings müßte dieses mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sein und ebenso wie das Gewerbe-Inspektorat der Öffentlichkeit regelmäßig Berichte über seine Tätigkeit vorlegen.

Die Kriegszeit ruft eine außerordentliche Hast in der Erzeugung hervor, verlangt einen fürchterlichen Menschenverbrauch, eine außerordentliche Ueberanstrengung, die durch die höheren Löhne keineswegs eine Gegenleistung finden. Die völlig unzureichende Nahrung macht es unmöglich, die überlange Arbeitszeit wirklich auszunützen. Es ist daher eine selbstverständliche Forderung, in den kontinuierlichen Betrieben einen dreimaligen Schichtwechsel einzuführen, wodurch die Produktivität außerordentlich gesteigert werden würde. Arbeitskräfte gibt es jetzt genug, so daß kein vernünftiger Grund gegen diese Maßregel angeführt werden kann. Es genügt nicht immer, nur platonische Anerkennungen für die außerordentlichen Leistungen der Arbeitern auszusprechen! Wohl hat das Kriegsministerium dort, wo Fabrik- und Werksbetriebe in Kriegsleistungsbetrieben besteht, diese anerkannt, doch ist es notwendig, daß die Fabriksausfälle

Tagesneuigkeiten.

* Aus dem Königreich Rothschild. Der Ostrauer „Duch Casu“ macht von folgender, im Wiltowiger Werk an die Interessen der Arbeiter, die Reform ging von der Berggestelle aus und wird nun nach und nach in allen anderen durchgeführt. Die Berggestelle besorgt nur die Desinfektion und Reinigung der Berggüter und gibt dann die Arbeit an die arbeitslose Zivilbevölkerung weiter. So werden durch Vermittlung der Berggestelle in Aufzug monatlich 150.000 Monturstücke, 25.000 Paar Schuhe, 300.000 Wäschestücke und 400.000 verschiedene Ausrüstungsgegenstände aus dem alten Material erzeugt und etwa 11.000 Arbeitskräfte beschäftigt. 90 Prozent der Berggüter werden in irgend einer Form wieder verwendet. Dieser Erfolg war nur möglich, da sachkundige Leute mit besonderer Befähigung die Leitung innehatten. Diese Berggestellen werden aber insbesondere in der Zeit der Demobilisierung eine wichtige Funktion zu übernehmen haben. In diesem Zeitpunkt wird es sich auch darum handeln, so rasch als nur möglich die abgetriebenen Uniformstücke wieder instand zu setzen, sie in Zivilkleider umzuwandeln. Dazu ist aber ein sorgfältig vorgebildeter Stamm von Arbeitern notwendig. Dies hätten nun jetzt die Berggestellen zu besorgen. Soll aber ein ganzer Erfolg erzielt werden, ist es notwendig, die Arbeit in wenigen Berggestellen zu konzentrieren. In Oesterreich-Ungarn bestehen gegenwärtig achtzehn Berggestellen und zehn große Metallbearbeitungswerkstätten für die Armee. Diese arbeiten keineswegs ökonomisch, sie können nicht über die geeigneten Arbeitsräume und geschulten Arbeitskräfte so verfügen wie die Berggestellen, denen textilkundige Arbeiter und Lagerräume zur Verfügung stehen. In Deutschland hat man längst alle bei den Korpsbekleidungsämtern eingerichteten Reparaturwerkstätten sowie sämtliche Werkstätten der Armee im Felde aufgelöst und die Instandsetzungsarbeiten in sechs großen Werkstätten des Hinterlandes vereinigt. Es stehen also diesen sechs deutschen Instandsetzungsämtern nicht weniger als achtundzwanzig Werkstätten der österreichisch-ungarischen Armee gegenüber. Die Armeewerkstätten müssen auch hier aufgelöst und der arbeitslosen Bevölkerung muß durch die Zuweisung der Arbeiten eine Verdienstmöglichkeit geboten werden. Es war ein guter Gedanke, den Regiebeitrag an die Unternehmer prozentuell von der Höhe der tatsächlich ausgezahlten Löhne abhängig zu machen.

Mit Rücksicht auf den außerordentlichen

Notstand der textilkundigen Bevölkerung Nordwest- und Nordböhmens

wäre die Berggestelle Aufzug ehestens auszubauen und für sie ein wesentlich erhöhter und regelmäßiger Zuschuß von Arbeitsgut zu sichern. Es würde sich auch empfehlen, das deutsche Muster zu übernehmen, die Soldatenmonturen nach sechsmonatiger Benutzung, gleichgültig in welchem Zustand sie sich befinden, zum Zwecke der Reparatur wieder einzuziehen. Abgesehen von der Schonung des Materials würde endlich der oft beschämende Zustand aufgehoben, daß Soldaten in einer unerhört schmutzigen und zerrissenen Uniform zu gehen gezwungen sind. Immer wiederholen sich die Klagen, daß Arbeiter über Denunziationen der Unternehmer oder auch nur von Betriebsbeamten vom Betrieb abgezogen und an die Front geschickt werden. Insbesondere trifft dies bei Bergarbeitern und Metallarbeitern zu. Die Grubenbarone, deren sozialpolitische Einsicht im ungünstigsten Verhältnis zu ihrem Kriegsgewinn steht, bieten alles auf, um die Tätigkeit der Vertrauensmänner zu behindern. Sie wollen nicht, daß das sklavische Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer nach und nach in ein Rechtsverhältnis umgewandelt werde. Profitgier und Herrenübermut machen den Unternehmer blind und unempfindlich gegenüber höheren Interessen. Es acht nicht an, daß sich die Heeresverwaltung